

Niederschrift

über die 27. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 22.01.2025, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen.

Tagesordnung

1. Mitteilungen der Bürgermeisterin
2. Übernahme einer Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Verbandswasserwerk Gangel GmbH
Vorlage: 3239/2025
3. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Hans-Josef Paulus

Mitglieder

3. Marko Banzet
4. Karl-Peter Conrads
5. Markus Diederer
6. Sonja Engelmann
7. Franz-Peter Fröschen
8. Helmut Gerads
9. Michael Kappes
10. Wilfried Kleinen
11. Christian Kravanja
12. Willi Münchs
13. Manfred Schumacher
14. Lars Speuser
15. Jürgen Steegers
16. Ruth Thelen
17. Harald Volles
18. Max Weiler

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

19. Hannelore Peter

Stellvertretendes Mitglied

20. Karola Brandt Vertretung für Herrn Gero Ronneberger
21. Mario Karner

von der Verwaltung

22. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
23. Joachim Grünwald
24. Christina Kamphausen
25. Beigeordneter Stephan Scholz

Entschuldigt:Mitglieder

26. Gero Ronneberger

von der Verwaltung

27. Christoph Nilles

Bürgermeisterin Ritzerfeld eröffnete die 27. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am 22.01.2025 um 18 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses und hieß die Stadtverordneten, den Vertreter der Presse sowie den anwesenden Bürger herzlich willkommen.

Sie stellte fest, dass die Einladung vom 14.01.2025 zur Sitzung form- und fristgerecht zugestellt worden sei. Einwendungen gegen die Niederschrift der 26. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.12.2024 habe es nicht gegeben.

Bürgermeisterin Ritzerfeld entschuldigte an dieser Stelle Stadtverordneten Ronneberger, der von der Stadtverordneten Brandt vertreten wurde und den Kämmerer Herrn Nilles. Sie stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Stadtverordneter Schumacher informierte, dass der Stadtverordnete Karner für den zurückgetretenen Stadtverordneten Tartler an der heutigen Sitzung teilnehme.

Beigeordneter Scholz erklärte seine Befangenheit zu TOP 7.

TOP 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte, dass Stadtverordneter Tartler sein Ratsmandat zum 31.12.2024 niedergelegt habe. Nachfolger sei Herr Stefan Coenen, der das Ratsmandat bereits angenommen habe. Er werde in der nächsten Ratssitzung verpflichtet.

Weiterhin habe die Stadt bekanntgemacht, dass für die Durchführung des Bürgerentscheids „Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE)“ der Zeitraum vom 24. Februar bis 16. März 2025 festgesetzt wurde. Letzter Abstimmungstag sei der 16. März 2025 bis 16 Uhr.

Die Bürgerinitiative gegen eine ZUE habe beim Verwaltungsgericht Aachen einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz gestellt, der am gestrigen Tag abgelehnt worden sei. Dagegen habe die Initiative nun Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht eingelegt. Sobald es eine Entscheidung gebe, werde sie die Stadtverordneten informieren.

TOP 2 Übernahme einer Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Verbandswasserwerk Gangelt GmbH

3239/2025

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Übernahme der beantragten Ausfallbürgschaft in Höhe von maximal 640.000 € zu Gunsten der Verbandswasserwerk Gangelt GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	20
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Anfragen

Stadtverordneter Schumacher fragte, ob die Stadt Geilenkirchen die Einführung von Schulstraßen geprüft habe oder ob es diesbezüglich Überlegungen gebe. Die Verkehrssituation sei insbesondere an der KGS und an der Europagrundschule schwierig.

Erster Beigeordneter Brunen antwortete, nachdem die Regelung in Kraft getreten sei, habe man in einer Schulleiterkonferenz darüber beraten. Derzeit gebe es keinen Bedarf an Schulstraßen und die Verwaltung nehme weiterhin punktuell Kontrollen vor, wenn sich die Parksituationen bzw. Verkehrswidrigkeiten häufen. Dies habe sich als effektiv erwiesen. Allerdings stehe man im ständigen Austausch und die Schulen könnten einen möglichen Bedarf jederzeit mitteilen.

Bürgermeisterin Ritzerfeld ergänzte, dass für Schulstraßen zudem die Örtlichkeiten geeignet sein müssen. Es gebe neben den Schulstraßen auch Überlegungen, wie man die Eltern dazu veranlassen könne Parkplätze aufzusuchen.

Zudem fragte Stadtverordneter Schumacher, wie der Sachstand zum Thema Rewe-Areal sei.

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte, zunächst sei man davon ausgegangen, dass Lidl den Zuschlag erhalte. Nach den ihr zuletzt zugegangenen Informationen sei Lidl nun jedoch von Aldi überboten worden. Weiterhin stehe das Joint Venture nun konkret in Kontakt mit einem Planungsbüro, sodass das Projekt auch städteplanerisch vorangehe. Am Freitag sei ein Gespräch mit allen Beteiligten, d. h. auch mit einer Mitarbeiterin des Planungsbüros, geplant,

in dem sie hoffentlich weitere Details erfahren werde. Sobald ihr weitere Informationen vorliegen, werde sie die Stadtverordneten informieren.

Auf die Frage des Stadtverordneten Kravanja, wo der beschaffte Trinkwasserbrunnen installiert werden solle, antwortete Bürgermeisterin Ritzerfeld, das geplant sei, diesen im Bereich des Friedlandplatzes aufzustellen. Ein weiterer sei im neugestalteten Wurmauenpark vorgesehen. Zudem gebe es noch das Projekt, bei dem gemeinsam mit der Kreissparkasse Heinsberg ein Brunnen im Bereich des Markplatzes aufgestellt werden solle und dafür ebenfalls ein Brunnen in Afrika gebaut werde.

Stadtverordneter Kravanja fragte, wieso bei der automatischen Bandansage des Bürgerbüros am Montagmorgen um 9 Uhr angesagt werde, dass man außerhalb der Öffnungszeiten anrufe.

Die Verwaltung werde dies prüfen.

Die nachgelagerte Überprüfung ergab, dass die unterschiedlichen Ansagen „außerhalb der Öffnungszeiten“ und Ansage „innerhalb der Öffnungszeiten“ durch eine Zeitsteuerung der Telefonanlage geregelt werden. Diese Zeitsteuerung ist auf die Öffnungszeiten des Bürgerbüros angepasst. Die Ansage „außerhalb der Öffnungszeiten“ gibt Hinweise zur Terminvereinbarung und den Öffnungszeiten. Die Ansage „innerhalb der Öffnungszeiten“ gibt den Hinweis zur Terminvereinbarung und falls ein telefonischer Kontakt gewünscht wird, der Anrufer bitte in der Leitung bleiben solle.

Der intern durchgeführte Test ergab, dass die die Zeitschaltung fehlerfrei funktioniert.

Bzgl. der Ansage „außerhalb der Öffnungszeiten“ wurde festgestellt, dass die im vergangenen Jahr geänderten Öffnungszeiten bisher in der Ansage noch nicht berücksichtigt werden. Eine Änderung ist veranlasst.

Weiterhin fragte Stadtverordneter Kravanja, ob es bei der Stromversorgung an der neuen Flüchtlingsunterkunft in Süggerath Probleme gebe und man diese daher aktuell nicht voll belegen könne.

Beigeordneter Scholz bestätigte dies. Nachgelagert sei festgestellt worden, dass der bestehende Stromanschluss nicht ausreichend sei, um alle Containereinheiten mit Strom zu versorgen. Nach Gesprächen mit dem Netzbetreiber stellte sich heraus, dass eine zusätzliche Trafostation benötigt werde. Da der Netzbetreiber ohnehin in dem Bereich einen Trafo installieren wollte, da Bedarf durch die Photovoltaikanlagen in Süggerath bestehe, werde dieser durch den Netzbetreiber auf seine Kosten errichtet und betrieben. Daher müsse die Stadt nur die Anschlusskosten tragen. Wegen der Platzierung des Trafos habe der Netzbetreiber zunächst Kontakt zum Land als Baulastträger für das Brückenbauwerk aufnehmen müssen. Dies habe einige Zeit gedauert. Der Netzbetreiber arbeite derzeit mit Hochdruck an der Installation.

Stadtverordneter Conrads fragte, ob man den Bürgern Ersatzgefäße (gelbe Müllsäcke) für den zusätzlichen Müll durch die Nichtabholung der gelben Tonnen am 09.01.2025 zur Verfügung stellen werde. Insbesondere in Mehrfamilienhäusern sei der zusätzliche Müll problematisch. Er meinte, man könne gelbe Müllbeutel beispielsweise wie zuvor im Bürgerbüro vorhalten.

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte, die Abfallentsorgung werde aufgrund eines privatrechtlichen Vertrags zwischen der Firma Duales System Deutschland (DSD) und Schönackers organisiert. Die Stadt habe daher keinen Einfluss auf die Abholungen und halte auch keine gelben Säcke mehr vor.

Stadtverordneter Weiler fragte, wieso der Dienstleister plötzlich gelbe Säcke mitnehmen könne, obwohl die Firma DSD dies seinerzeit vertraglich ausgeschlossen hätten.

Bürgermeisterin Ritzerfeld erklärte, dies sei der Situation geschuldet, dass die Leerungen nicht wie geplant durchgeführt werden konnten. Der Dienstleister biete das für diesen Fall ausnahmsweise als Problemlösung an. Sie halte das auch für sachgerecht.

Stadtverordneter Gerads fragte, ob die Verwaltung an der Bahntrasse hinter der GGS Beleuchtung installieren könne, da viele Eltern dort ihre Kinder für die Schule absetzen würden.

Erster Beigeordneter Brunen antwortete, dies sei nicht vorgesehen, da die Kinder, wenn sie die Straße entlanglaufen, lediglich 300 Meter gehen müssten. Dies sei zumutbar. Zudem handle es sich bei dem Gebiet um Wald und da könne die Stadt nicht ohne weiteres Laternen aufstellen. Dies habe man auch mit der Schulleitung besprochen.

Stadtverordneter Weiler fragte, wann die Turnhalle der GGS fertiggestellt werde.

Beigeordneter Scholz erklärte, ein Bagger habe eine wasserführende Leitung beschädigt, wodurch ein Wasserschaden im Geräteraum entstanden sei. Nach Abstimmung mit der Versicherung werde dort noch eine Trockenbauwand erneuert. Die Notausgänge seien funktionsfertig hergestellt. Die Turnhalle werde ab Mitte Februar 2025 nutzbar sein.

Stadtverordneter Steegers fragte, ob die Stadt Kenntnis davon habe, dass im Bereich Müllendorf, Würm und Süggerath Freiflächenphotovoltaikanlagen errichtet werden sollen. Ihm sei zu Ohren gekommen, dass hierfür bereits entsprechende Pachtverträge geschlossen seien.

Beigeordneter Scholz antwortete, dass die Verwaltung von dem Vorhaben derzeit noch keine Kenntnis habe. Sollten entsprechende Planungsabsichten bestehen, gehe dies nicht ohne eine entsprechende Bauleitplanung, die natürlich von den Ratsgremien beschlossen werde müsse. Insoweit würde die Politik in einem solchen Fall rechtzeitig davon in Kenntnis gesetzt. Bisher gebe es keine offiziellen Anfragen an die Stadt. Die Stadt erhalte keine Information über privatrechtlich abgeschlossene Pachtverträge. Nur bei Verkäufen werde sie über die Anfragen der Notare, ob ein Vorkaufsrecht für die Veräußerungsfläche ausgeübt werde, beteiligt.

Die Sitzung endete um 18:29 Uhr.

Vorsitzende

Daniela Ritzerfeld
Bürgermeisterin

Christina Kamphausen
Schriftführerin